

03.07.2018

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Mit dem Mobilfunkpakt endlich Funklöcher schließen und 5G-Ausbau in Nordrhein-Westfalen beschleunigen

I. Ausgangslage

Durchgehende und störungsfreie Kommunikation ist für Menschen und Unternehmen in unserem Land elementar. Mobile Endgeräte machen die moderne Kommunikation und fast grenzenlose Mobilität von heute erst möglich und sind für viele zur Selbstverständlichkeit geworden.

Das Mobilfunknetz bildet die Basisinfrastruktur, die mobiles Telefonieren und Surfen ermöglicht. Laut Daten der Mobilfunkanbieter verfügt unser Land über eine LTE-Versorgung von 98 Prozent der Haushalte. Schwierigkeiten bestehen aber aufgrund einer zu geringen Vernetzung der Mobilfunkzellen. Das merken die Verbraucher täglich, z. B. beim Autofahren oder im Zug. Vielfach in ländlichen, aber auch in städtischen Regionen, an Bahntrassen und Straßen kommt es immer wieder zu einem Abbruch der Verbindung. Zudem steht die mobile Datenübertragung in Bereichen, in denen eine kabelgebundene Datenübertragung bislang nur unzureichend möglich ist, in direkter Konkurrenz zu Nutzern, die LTE als Ersatz für einen kabelgebundenen Hausanschluss nutzen. Das ist ein Standortnachteil für unser Land. Funklöcher und „weiße Flecken“ auf dem Gigabitatlas Nordrhein-Westfalen müssen der Vergangenheit angehören.

Am 25. Juni 2018 wurde zwischen dem nordrhein-westfälischen Digitalisierungsministerium und den drei großen Mobilfunkanbietern Telefónica, Telekom und Vodafone ein Mobilfunkpakt für Nordrhein-Westfalen geschlossen. Der Mobilfunkpakt ist ein wichtiger Schritt hin zu einer bedarfsgerechten und flächendeckenden Mobilfunkabdeckung sowie einer Beschleunigung des eigenwirtschaftlichen Ausbaus.

Für alle Nutzerinnen und Nutzer zählt übergangslose mobile Konnektivität, nicht die Technologie oder der Standort. Das Land Nordrhein-Westfalen kann im Bereich der Forschungsförderung und Entwicklung sowie der Rahmenbedingungen Unterstützung leisten.

Datum des Originals: 03.07.2018/Ausgegeben: 03.07.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Technologieentwicklung und -anwendung sowie der flächendeckende Aufbau von 5G-Infrastrukturen sind Aufgaben der Netzbetreiber und der Industrie.

Aus Sicht der NRW-Koalition sind jetzt die Rahmenbedingungen zu setzen, um die Ausbauversprechen der Unterzeichner des Mobilfunkpakts zu unterstützen und einzufordern, um kurzfristig die verbleibenden Netzlücken zu schließen, Sprachtelefonie unterbrechungsfrei zu gewährleisten und schnellstmöglich ein 5G-Netz für NRW zu schaffen. Hierzu gehört auch, 5G-Modellprojekte in Nordrhein-Westfalen zu realisieren. Der neue Mobilfunkstandard ist die Voraussetzung für die Umsetzung technischer Innovationen, von denen die Menschen profitieren werden, wie z. B. das automatisierte Fahren oder das „Internet der Dinge“. Um eine deutliche Verbesserung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu erreichen, müssen weitere Schritte folgen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Ein flächendeckendes, versorgungssichereres und leistungsstarkes Mobilfunknetz für Daten und Sprache ist angesichts der modernen Kommunikations- und Mobilitätsanforderungen der Bürgerinnen und Bürger sowie im Hinblick auf eine attraktive Infrastruktur für die Unternehmen unerlässlich.

Der Landtag begrüßt

- die Anstrengungen der Mobilfunkanbieter und der Landesregierung, um die Mobilfunkabdeckung in Nordrhein-Westfalen zu verbessern und transparenter zu machen.
- das Vorhaben der Unterzeichner des Mobilfunkpaktes, bestehende Funklöcher und „weiße Flecken“ beim Mobilfunk und mobilen Internet so schnell wie möglich zu schließen.
- die Zusage, Mobilfunkstandorte durch die mobilfunk anbietenden Unternehmen zu modernisieren oder neu zu errichten.
- das Vorhaben der Landesregierung, die Standorte des Behördenfunks zur Mitnutzung freizugeben und Genehmigungsprozesse für Bauverfahren von neuen Funkmasten zu beschleunigen.
- das Ziel, gemeinsam mit der Telekommunikationswirtschaft eine Führungsposition bei der Entwicklung der nächsten Mobilfunk-Generation 5G einzunehmen.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung

- zu prüfen, ob in Abstimmung mit den Kommunen weitere Kleinzellen-Standorte realisiert bzw. zur Verfügung gestellt werden können, beispielsweise durch eine Vernetzung von Straßenlaternen und Ampelanlagen.
- zu prüfen, ob Mobilfunkstandorte auf geeigneten Landes- und kommunalen Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden können.
- die Daten der Ausbaufortschritte bzw. der noch bestehenden „weißen Flecken“ dauerhaft, also über die nächsten zwölf Monate hinaus von den Mobilfunkanbietern einzufordern und nicht nur dem Wettbewerb, sondern auch der Öffentlichkeit aggregiert zur Verfügung zu stellen.
- die Lizenzvergabe durch die Bundesnetzagentur zu begleiten und zeitnah einzufordern. Dabei

- soll sich dafür eingesetzt werden, die Ausbaupflichten so zu kombinieren, dass bestehende Funklöcher weiter geschlossen werden und 5G dynamisch aufgebaut wird.
 - sollen über die im Mobilfunkpakt genannten Hauptverkehrswege hinaus insbesondere die Verkehrsinfrastrukturen in der Fläche in den Blick genommen werden.
 - soll geprüft werden, ob die zukünftigen Frequenzlizenzen nicht nach dem Prinzip der Einnahmenmaximierung, sondern nach ambitionierten Ausbaupflichten vergeben werden können bzw. ob ein nationales Roaming, wenn es nur die Beziehungen zwischen den tatsächlich ausbauenden Unternehmen betreffen würde und unter der Maßgabe fairer Entgelte, in der Vergabe als Ziel formuliert werden kann. Ziel soll die Wahrung der Wirtschaftlichkeit für investierende Unternehmen sein und gleichzeitig eine höhere Netzabdeckung.
- die Anwendung der 5G-Technologie im Rahmen von Modell- und Referenzprojekten zu unterstützen und bei der Bundesregierung dafür zu werben, dass die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigten Modellprojekte in Nordrhein-Westfalen realisiert werden.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Thorsten Schick
Florian Braun
Björn Franken

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Marcel Hafke
Rainer Matheisen

und Fraktion